



Geschäftsstelle:  
Wörthstr. 6a  
67059 Ludwigshafen  
Tel. 0621 621170  
Fax.0621626633  
eMail: bfgd@bfgd.org

Ihr Zeichen

Unser Zeichen  
SD

Datum  
30.04.2018

<p>Freireligiöse Landes- gemeinde Baden K.d.ö.R T 6, 26 68161 Mannheim</p>	<p>Präsidium des BFGD fordert die Bayerische Landesregierung zur Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit auf.</p> <p>Das Präsidium des Bundes Freireligiöser Gemeinden Deutschlands fordert die Bayerische Landesregierung unter Ministerpräsident Söder und die CSU zur Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit und auf den Boden des Grundgesetzes auf.</p>
<p>Frei-religiöse Ge- meinde Offenbach K.d.ö.R Schillerplatz 1 63067 Offenbach</p>	<p>Auf ihrer Präsidiumssitzung in Ludwigshafen stellten die Teilnehmer fest, dass das bayerische Kabinett mit dem Beschluss, im Eingangsbereich eines jeden Dienstgebäudes im Freistaat Bayern ein <b>deutlich wahrnehmbares</b> Kreuz aufzuhängen, <b>eklatant gegen das Grundgesetz und höchstrichterliche Urteile des Bundesverfassungsgerichtes verstößt</b>. <u>„Aus der Glaubensfreiheit des Art. 4 Abs. 1 GG folgt im Gegenteil der Grundsatz staatlicher Neutralität gegenüber unterschiedlichen Religionen und Bekenntnisse. Der Staat .... kann die friedliche Koexistenz nur gewährleisten, wenn er selber in Glaubensfragen Neutralität bewahrt.“</u>, so das Bundesverfassungsgericht.</p>
<p>Freireligiöse Landes- gemeinde Pfalz K.d.ö.R Wörthstr. 6a 67059 Ludwigshafen</p>	<p>Der BFGD ist entsetzt über das mangelnde Demokratieverständnis der bayerischen Landesregierung. Auch im Bundesland Bayern muss gewährleistet werden, dass die Glaubensfreiheit in den öffentlichen Gebäuden strikt gewahrt bleibt, so der Präsident des BFGD und Präsident der Landesgemeinde Pfalz, Siegward Dittmann.</p>
	<p>Die Aussage Söders, dass das Kreuz zwar in erster Linie ein religiöses Symbol sei, gehöre aber auch zu den Grundfesten des Staates gehöre ist eine klare Abwertung des religiösen Symbols und wird wie ein Folklore-Artikel für ein eindeutig parteipolitisches Wahlkampfthema missbraucht. Richtigerweise kritisieren auch führende Kirchenvertreter wie der Münchner Weihbischof Wolfgang Bischof diesen Beschluss Söders: „Das Kreuz sei kein Symbol für Bayern und „erst Recht kein Wahlkampflogan“. „Christliche Politik zeige sich im Handeln für Pflegebedürftige und eine menschliche Flüchtlingspolitik“, so der Bischof.</p>
	<p>„Die Freireligiösen in Deutschland werden sich vehement dafür einsetzen, dass der Staat, seine Bediensteten und Institutionen frei von religiöser Symbolik bleiben“, so Roland Weiß, Landesvorsitzender der Freireligiösen Landesgemeinde Baden.</p>
	<p>Viele Christen haben sich über Jahrhunderte mit großem sozialem Engagement aus ihrem Glauben heraus in unserer Gesellschaft</p>

eingebraucht und sehr viel Gutes bewirkt. Aber auch Kreuzzüge, Hexenverbrennungen, Verbot wissenschaftlicher Erkenntnisse und Teufelsaustreibung gehören zu dieser „christlich-abendländischen Tradition“, auch dies muss vollständigheitshalber erwähnt werden.

Der BFGD widerspricht nachhaltig der Anmaßung der bayerischen Landesregierung, in unserem säkularen, demokratischen Staat religiöse Symbole für parteipolitische Zwecke zu missbrauchen.

Siegward Dittmann  
Präsident